

Kurzbericht

Ausschuss für Haushalt und Finanzen

(43. Sitzung am 17. Januar 2024)

Tagesordnung:

1. **Unterrichtung durch Herrn Finanzminister Heere zur veränderten Beförderungspraxis bei außertariflich Beschäftigten**

Der Ausschuss nimmt die Unterrichtung entgegen und führt darüber eine Aussprache. Er kommt überein, das Thema in seiner für den 31. Januar 2024 vorgesehenen Sitzung erneut aufzurufen.

2. **Antrag der Fraktion der CDU auf Unterrichtung durch die Landesregierung**

- über die Auswirkungen des vom Deutschen Bundestag am 15. Dezember 2023 beschlossenen Nachtragshaushaltsgesetzes 2023 zum Bundeshaushaltsplan,
- über die möglichen Auswirkungen der bisher bekannten Daten für einen überarbeiteten Entwurf des Haushaltsgesetzes 2024 des Bundes auf die Finanzen des Landes sowie auf das Land insgesamt,
- über den Stand der Beratungen des Vermittlungsausschusses von Bundestag und Bundesrat über das vom Deutschen Bundestag am 17. November 2023 beschlossene Gesetz zur Stärkung von Wachstumschancen, Investitionen und Innovation sowie Steuervereinfachung und Steuerfairness

Der Ausschuss stimmt dem Antrag der CDU-Fraktion zu, nimmt die Unterrichtung entgegen und führt darüber eine Aussprache.

3. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2024 (Nachtragshaushaltsgesetz 2024)**

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - [Drs. 19/3241](#)

4. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2024 (Nachtragshaushaltsgesetz 2024)**

Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 19/3277](#)

5. **Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Unterrichtung durch die Landesregierung zu den akuten Nothilfen für Hochwassergeschädigte**

dazu: **Vorlage 111** (MF) TOP 4 der 43. Sitzung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen am 17. Januar 2024: Soforthilfeprogramm Hochwasser

- 1. Nachtrag** TOP 4 der 43. Sitzung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen am 17. Januar 2024 - AfHuF-Vorlage Nr. 111 - angepasste Billigkeitsrichtlinie - Nachtrag zur Vorlage 111

Der Ausschuss behandelt die Tagesordnungspunkte 3 bis 5 zusammen.

Der - federführende - Ausschuss beginnt mit der Beratung der Gesetzentwürfe unter TOP 3 und TOP 4 und nimmt die Einbringung des Gesetzentwurfs unter TOP 4 durch Finanzminister Heere entgegen.

Er verständigt sich darauf, in seiner für den 31. Januar 2024 vorgesehenen Sitzung über eine Beschlussempfehlung zu den beiden Gesetzentwürfen für das Februar-Plenum abzustimmen, und beschließt, die Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände Niedersachsens sowie den Wasserverbandstag Niedersachsen e. V. mit Fristsetzung bis zum 26. Januar 2024 schriftlich anzuhören und zu seiner für den 31. Januar 2024 vorgesehenen Sitzung einzuladen. Ferner beschließt er, die Ausschüsse für Inneres und Sport, für Umwelt, Energie und Klimaschatz sowie für Wirtschaft, Verkehr, Bauen und Digitalisierung um eine Stellungnahme nach § 28 Abs. 4 GO LT zu den jeweils ihre Zuständigkeitsbereiche berührenden Aspekten bis zum 26. Januar 2024 zu bitten. Außerdem verständigt sich der Ausschuss aus terminlichen Gründen darauf, dass die Mitglieder des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz zu der Behandlung der Drucksachen durch den Ausschuss für Haushalt und Finanzen am 31. Januar 2024 gemäß § 94 Abs. 2 GO LT eingeladen werden, um mit beratender Stimme daran teilnehmen zu können.

Des Weiteren stimmt der Ausschuss dem Unterrichts Antrag der Koalitionsfraktionen unter TOP 5 zu, nimmt die Unterrichtung entgegen und führt darüber eine Aussprache. Die Vorlage 111 nimmt er in der Fassung des 1. Nachtrags zur Kenntnis.

6. **Vorlagen**

Vorlage 109 (MW) Quartalsbericht Q3-2023 für das Sondervermögen Digitalisierung

Der Ausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

7. **Gute Personalausstattung im niedersächsischen Justizvollzug sicherstellen - belastbares Personalbemessungssystem entwickeln und umsetzen**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 19/1238](#)

Der Ausschuss führt die Mitberatung durch und schließt sich der Beschlussempfehlung des - federführenden - Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen an, den Antrag unverändert anzunehmen.

Zustimmung: SPD, GRÜNE

Ablehnung: CDU, AfD

Enthaltung: -

8. **Rechnung über den Haushalt des Landesrechnungshofs (Einzelplan 14) für die Haushaltsjahre 2020 und 2021**

Antrag der Präsidentin des Landesrechnungshofs - [Drs. 19/3121](#)

dazu: **Vorlage 108** (LRH) Rechnung über den Haushalt des Niedersächsischen Landesrechnungshofs (Einzelplan 14) für das Haushaltsjahr 2020 und 2021

Der Ausschuss führt die Beratung **in nicht öffentlicher Sitzung** durch und empfiehlt dem Landtag den folgenden Beschluss:

Gemäß § 101 der Landeshaushaltsordnung wird dem Niedersächsischen Landesrechnungshof für die Rechnung über die Einnahmen und Ausgaben zu Einzelplan 14 für die Haushaltsjahre 2020 und 2021 Entlastung erteilt.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE, AfD

Ablehnung: -

Enthaltung: -

Die Vorlage 108 nimmt der Ausschuss zur Kenntnis.